

Linke siegt in Hellas

Nicht nur Alexis Tsipras und seine Syriza-Partei haben in Griechenland kräftig zugelegt. Auch die Kommunisten punkten und vergrößern ihre Fraktion im Parlament

Heike Schrader/Athen

Nie war die Linke so stark wie heute in Griechenland. Zählt man zu den 36,34 Prozent für Syriza und den 5,47 Prozent für die kommunistische KKE noch die 0,64 Prozent für das außerparlamentarische Linksbündnis Antarsya hinzu, kommt man auf 42,45 Prozent der insgesamt 6,3 Millionen abgegebenen Stimmen. Ins Wählerverzeichnis eingetragen waren 9,9 Millionen Griechen, damit lag die Beteiligung bei den Parlamentswahlen am Sonntag bei knapp 64 Prozent. Alle drei linken Kräfte konnten dabei ihr Ergebnis im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen ausbauen. Im Sommer 2012 hatte Syriza mit 26,9 Prozent und 1,655 Millionen Wählern den Sieg nur knapp verfehlt. Diesmal bescherten 2,245 Millionen der Partei von Alexis Tsipras einen Triumph.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hatte noch 2012 fast die Hälfte ihrer Wähler verloren und war 4,5 Prozent abgestürzt. Am Sonntag aber legte sie gut ein Prozent zu. Dies bedeutet, dass die Kommunisten im neuen Parlament 15 statt der bisherigen zwölf Abgeordneten stellen werden (siehe Kasten).

Mit dem Stimmzuwachs sieht sich die Partei in ihrer Fundamentalopposition gegenüber der neuen Linksregierung bestätigt. Als Antwort auf eine Einladung des designierten neuen Ministerpräsidenten wandte sich die KKE nicht an Tsipras selbst, sondern an die Medien: »Es gibt keinen Grund für ein Treffen mit dem Vorsitzenden von Syriza und neuem Ministerpräsidenten des Landes«, ließ die Pressestelle der Partei verlauten. »Wie bereits öffentlich bekanntgegeben wurde, ist eine Regierungskoalition aus Syriza und

›Unabhängigen Griechen‹ gebildet worden.« Die Vereidigung von Tsipras und der neuen Regierung stehe noch für Montag an. Die KKE werde, »getreu ihren Festlegungen gegenüber dem griechischen Volk vor der Wahl, in keiner Form für deren Unterstützung oder Tolerierung stimmen«. Kritiker halten der Partei dagegen vor, Syriza mit dieser Verweigerungshaltung erst zum Bündnis mit den nationalistischen »Unabhängigen Griechen‹ getrieben zu haben.

Auf Opposition zur neuen Regierung hat sich auch Antarsya festgelegt. »Ohne einen Schuldentrückzahlungsstopp, ohne Bruch mit EU und Euro, ohne Vergesellschaftung der Banken und der Großunternehmen« könne »die Hoffnung der Arbeiterbewegung und des Volkes nicht erfüllt werden«, heißt es in der Erklärung des außerparlamentarischen Linksbündnisses. Antarsya werde »ohne jede Schonfrist zum Gegenangriff der Arbeiter und des Volkes beitragen, für die Erzwingung volksfreundlicher Maßnahmen kämpfen, für die Annullierung der Memoranden«.

<http://www.jungewelt.de/2015/01-27/041.php>